

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

**Herausgeber:** Widerspruch

**Band:** 16 (1996)

**Heft:** 32

**Artikel:** Der Front National auf dem Sozialterrain : wie Le Pen mit eigenen Berufsverbänden den Gewerkschaften Konkurrenz macht

**Autor:** Proissl, Wolfgang

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-652077>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Der Front National auf dem Sozialterrain**

### **Wie Le Pen mit eigenen Berufsverbänden den Gewerkschaften Konkurrenz macht\***

Es war an einem Mittwoch im westfranzösischen Mamers. Vor dem Werktor der Moulinex-Fabrik kreuzten sich gerade die Arbeiter von Früh- und Spätschicht, da traten ein paar gutgekleidete Herren an sie heran und drückten ihnen Flugblätter in die Hand. "Arbeiter von Moulinex! Die Globalisierung bedroht euch. Globalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit. Der Front National kämpft gegen die Globalisierung. Der Front National unterstützt euch", war darauf in fetten Lettern zu lesen. Die Propagandisten hatten ihren Coup perfekt geplant. Einen Tag später, am 17. Oktober 1996, bestätigte die Unternehmensleitung, was alle befürchtet hatten: Die Moulinex-Fabrik in Mamers wird geschlossen. 400 Einwohner der Kleinstadt westlich von Paris verlieren damit ihren Arbeitsplatz. Die Produktion in Mexiko soll hingegen ausgebaut werden.

"Moulinex war nur der Auftakt unserer Sozialkampagne", sagt Bruno Mégret, strategischer Kopf von Frankreichs rechtsextremem Front National (FN) und Kronprinz von Parteigründer Jean-Marie Le Pen. "Wir sind dabei, das Monopol der Linksparteien im sozialen Bereich zu brechen. Mit Protestaktionen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen werden wir überall dort präsent sein, wo es den Franzosen schlecht geht."

Der Vorstoss von Le Pens Truppen auf dem Sozialterrain ängstigt zunehmend Regierung, etablierte Parteien und Gewerkschaften – aus gutem Grund. Mit rassistischen Sprüchen und Forderungen nach Recht und Ordnung konnte der Kandidat des Front National bereits bei den Präsidentenwahlen im vergangenen Jahr fast 4,6 Millionen Franzosen überzeugen und so auf 15 Prozent der Stimmen kommen – mehr als je zuvor. In Frankreichs Stadträten sitzen schon heute über 800 Abgeordnete der rechtsextremen Partei. Drei Kommunen, darunter die Grossstadt Toulon, werden von Front-Bürgermeistern regiert.

Und der Vormarsch geht weiter – jetzt wollen Le Pens Strategen durch die Gründung von sozialen Satellitenorganisationen ihre Machtbasis ausweiten. "Zum ersten Mal ist eine rechtsextreme Partei in Frankreich dabei, zu einer Volksbewegung mit breiter Basis zu werden", warnt Pascal Perrineau, Direktor des Studienzentrums für das politische Leben in Frankreich. Beunruhigend für Deutschland: Auch in französischen Debatten über Europa und Wirtschaftspolitik hinterlässt die nationalistische Formation immer deutlichere Spuren.

Die Front-Invasion im Sozialen begann Mitte November 1995 mit einer Gewerkschaftsgründung. Eine Handvoll Polizisten, denen die herkömmlichen Vertretungen zu disziplinos und ausländerfreundlich waren, schloss sich zum Front National de la Police zusammen, kurz FNP. "Trotz unseres

Namens sind wir vom Front National unabhängig”, behauptet FNP-Generalsekretär Alain Bayaert. Ein Blick in das Infoblatt der Rechtsgewerkschaft widerlegt freilich Bayaerts Worte. Der FNP “sagt ganz oben, was die Polizisten ganz unten denken”, lesen potentielle Mitglieder dort und wissen genau, was gemeint ist. Seit Jahren verwendet Le Pen eine ähnliche Formel, um so augenzwinkernd auf seine rassistischen Ideen zu verweisen, ohne sie aussprechen zu müssen.

Als der FNP im Dezember zu den Wahlen für die Arbeitnehmervvertretung antrat, gaben fast 5000 französische Polizisten den Front-Männern ihre Stimme. Mit knapp 7,5 Prozent wurde der FNP auf Anhieb zur viertstärksten von 18 Polizeigewerkschaften. Seither haben Le Pens Polizeivertreter Anspruch auf Geld vom Staat – wie alle Gewerkschaften mit demokratischer Legitimität. Damit bezahlt der FNP heute ein Büro, die Freistellungen von zwanzig Polizisten für Gewerkschaftsarbeit und eine Zeitschrift, in der es von ausländerfeindlichen Karikaturen nur so wimmelt.

Nach dem FNP-Modell wurden inzwischen auch andere Front-Gewerkschaften gegründet. Bei den U-Bahnen in Paris und Lyon entstanden zum Jahresanfang FN-Gewerkschaften. Im September halfen Le Pens Polizisten, die Statuten einer Front-Gewerkschaft für Frankreichs Gefängniswärter zu schreiben. Ausserdem zieht der FNP bei der Vorbereitung von rechtsextremen Vertretungen bei der Post und der Staatsbahn SNCF die Fäden. Selbst im als links geltenden Lehrermilieu versuchen sich die Rechts-extremen mit einer Bewegung für nationale Bildung (MEN) zu etablieren. Ausländerfeindlichkeit und Plädoyers für mehr Sicherheit der Beschäftigten vor Angriffen bei der Arbeit einen alle Front-Gewerkschaften.

Parallel dazu versucht der Front National, Frankreich mit einem Netz von Nächstenhilfe-Initiativen zu überziehen. Ende November wird Le Pen in Grenoble mit grossem Pomp die Zentrale der Fraternité Française eröffnen, der Französischen Brüderlichkeit. Die Freiwilligen-Organisation will in diesem Winter Kleider und Lebensmittelkonserven an Arme verteilen und mit kostenlosen Arztvisiten und Rechtsberatungen helfen. Die Plakatauf-schrift “Helft den Franzosen!” macht klar, dass Ausländer hier keine Brüder sind. Seit Anfang November können sich Mittellose am Pariser Bahnhof Saint-Lazare abends an der FN-Suppenküche kostenlos eine warme Mahlzeit holen. Auch hier sind Franzosen die Adressaten. Ähnliche Initiativen für Arbeitslose, Sozialmieter und Behinderte baut der Front zur Zeit auf.

Die Sozialkampagne ist das Ergebnis des kühlen Kalküls von Le Pens Politikmanager Mégret. Bei den vergangenen Präsidentenwahlen stimmten 30 Prozent von Frankreichs Arbeitern für Le Pen. Damit wurde der Front National zur “ersten Arbeiterpartei Frankreichs”, wie der Politologe Olivier Duhamel betont. Diese Wähler bei der Stange zu halten, das dürfte Le Pens Gefolgschaft nicht allzu schwer fallen. Denn die grossen Dezemberstreiks haben gezeigt, dass immer mehr Franzosen fürchten, der nationale Sozialstaat werde der europäischen Integration und der Globalisierung zum Opfer fallen. “Der Kampf für soziale Rechte ist damit identisch mit dem Kampf für die nationale Identität – eine einmalige Chance für den

Front National", sagt der Soziologe Michel Wiewiorka von der renommierten EHESS-Universität.

Die Nationalisten können über das Vehikel der Angst vor sozialem Abstieg ihre nationalistischen Ziele vorantreiben. Mit der Sozialkampagne will sich der Front als Anwalt des kleinen Mannes präsentieren – besonders beim Thema Arbeitslosigkeit. In einer internen "Orientierungsnotiz" wird der Parteibasis die Kampagnenstrategie so erklärt: Die Globalisierung müsse als Schuldige für die Arbeitslosigkeit "diabolisiert" werden. Dabei müsse der Front darauf verweisen, dass er als einzige Partei schon immer gegen alle Facetten der Globalisierung gekämpft habe – mit seiner Idee der kompromisslosen Diskriminierung von Ausländern bei der Jobvergabe, durch seinen langjährigen Kampf gegen Freihandel, Europa und Einwanderung. Selbst unabhängige Beobachter glauben, dass Le Pens Truppe mit dieser Strategie bis zu den Parlamentswahlen 1998 zu einer ernststen Gefahr für die etablierten Parteien werden kann.

Das Klima für rechtsextreme Rattenfänger ist in Frankreich derzeit so günstig wie noch nie. Die Wirtschaft steckt in der Dauerkrise. Seit Jahren leben über fünf Millionen Franzosen unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenquote erreichte mit 12.6 Prozent einen Nachkriegsrekord – Tendenz weiter steigend. Kein Wunder, dass vier von fünf Franzosen voller Sorge in die Zukunft blicken.

Die Krisenstimmung ist Humus für die Hasspolitik des Front, wie zwei noch unveröffentlichte Gewerkschaftsstudien belegen. Eine Untersuchung der gemäßigten CFDT zeigt den Rassismus überall auf dem Vormarsch. Spinde und Autos ausländischer Kollegen werden immer häufiger mit rassistischen Schmierereien versehen. Einige CFDT-Funktionäre wagen nicht einmal mehr, das Thema Rassismus in ihrem Betrieb anzusprechen – teils wegen der feindseligen Reaktionen, teils aber auch wegen der Gleichgültigkeit der Kollegen. In einem Betrieb essen Franzosen und Ausländer seit einem TV-Auftritt Le Pens gar an getrennten Tischen. Eine Umfrage für die kommunistische CGT zeigte zudem, dass immer öfter gefordert wird, Gewerkschaften sollten sich nur noch um die Interessen der Franzosen kümmern – und nicht mehr um die Belange der Ausländer.

Bislang reagieren die Gewerkschaften hilflos auf Le Pens Sozialoffensive. Versuche, die Front-Gewerkschaften vor Gerichten als getarnte Parteien in den Betrieben verbieten zu lassen, scheiterten bisher. Jetzt wollen CFDT und CGT das öfter und besser machen, was sie auch bislang schon taten: ihre Positionen erklären und Debatten über Rassismus organisieren. Während die anderen nachdenken, diktiert der Front National mit seiner Demagogie gegen Europa und Globalisierung zunehmend die politische Debatte. Wieviel Einfluss Le Pen dabei haben kann, hat er in der Vergangenheit schon gezeigt. Um Stimmung gegen Ausländer zu machen, hatte der Front National Anfang der neunziger Jahre die Kosten der Einwanderung auf astronomische 62 Milliarden Mark pro Jahr hochgerechnet. Obwohl das staatliche Planungsamt diese Zahl in einer Gegenexpertise als Phantasieziffer entlarvte, blieb das Ergebnis unveröffentlicht. So konnte der Eindruck entstehen,

die Rechtsextremen hätten recht gehabt. Bei den Regionalwahlen 1992 bestimmten dann Le Pens Tiraden gegen Immigranten so sehr die Debatte, dass Expräsident Valéry Giscard d'Estaing sich dazu hinreissen liess, von "Invasionseinwanderung" zu sprechen.

Etablierte Parteien machen sich in der Wirtschaftspolitik immer häufiger nationalistische Positionen zu eigen. In der neogaullistischen Präsidentenmehrheit sind solche Meinungen traditionell stark vertreten. Und selbst bei den Sozialisten, die unter Staatspräsident François Mitterand die Europäische Währungsunion mitentschieden und Frankreichs Wirtschaft der Welt geöffnet haben, mehrt sich linksnationale Kritik an Einheitswährung und Globalisierung. Dem Front-Strategen Mégret kann etwas Besseres nicht passieren. "Je mehr nationale Töne in die Debatte über Wirtschafts- und Sozialpolitik kommen, desto mehr Stimmen werden wir erhalten. Denn bei der Verteidigung Frankreichs und seines Sozialmodells sind wir als einzige Partei heute noch glaubwürdig."

\*Erschien ungekürzt in: DIE ZEIT v. 15.11.1996 („Klima für Rattenfänger“).

## Literatur

- Bihr, Alain, 1992: Pour en finir avec le Front National. Paris.  
Bresson, Gilles/ Lionel, Christian, 1994: Le Pen. Une Biographie. Paris.  
Camus, Jean-Yves/ Monzat, René, 1992: Les droites nationales et radicales en France. Lyon.  
Hennion, Blandine, 1993: Le Front national, l'argent et l'establishment. Paris.  
Konopnicki, Guy, 1996: Les Filières Noires (FN). Le parti de l'étranger. Paris.  
Ras Le Fron (Antifa-Kollektiv), 1995: La résistible ascension du F.Haine. Paris.  
Sirinelli, Jean-François/ Vigne Eric, 1992: Histoire des droites en France. Paris.  
Taguieff, Pierre-André, 1996: La République menacée. Paris.  
Ders., 1996: Le Pen ou comment dire le racisme. Le jeu des sous entendus et du "bien entendu". Tribune juive, 19. sept. - Paris.  
Ders., 1994: Sur la Nouvelle Droite. Paris.